

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 41

Berlin, den 10. Oktober 1931

2. Jahrgang

Ferngas-Dämmerung

„In den Ocean schiffst mit tausend Masten der Jüngling,
Still auf gerichtetem Boot treibt in den Hafen der Greis.“

An dieses Schillerwort wird man erinnert bei Betrachtung des Katzenjammers, der jetzt die Ferngas-Interessenten erfüllt. Mit welcher jugendlichen Begeisterung zogen sie doch in den Kampf für die Ferngasversorgung von den Sechen an der Ruhr aus. Ganz Deutschland wollten sie damit versorgen. Unsere energische Gegenwehr, die doch in erster Linie im Interesse der Gemeinden und der Gasarbeiter erfolgte, hielt glücklicherweise viele Gemeinden ab, den Lockrufen der Ruhrgas-AG. zu folgen. Mehrere Gruppen von Gemeinden vereinigten sich, um die Bevölkerung gemeinsam von einem Werk aus mit Gas zu versorgen, und so gelang es, das weitere Vordringen der privatwirtschaftlichen, nur auf Profit abgestellten Sechenfern gasversorgung aufzuhalten. Inzwischen konnten wir aus dem Lager der Ferngasinteressenten selbst sehr pessimistische Stimmen über ihren Mißerfolg berichten. Heute liegt aber ein Unternehmerorgan vor uns, die „Bergbau-Zeitung“, die in ihrer Nr. 81 vom 21. September 1931 einen sehr langen Artikel bringt, den sie selbst mit „Ferngas-Dämmerung“ überschreibt und deren Mißerfolg grau in grau malt. Nachfolgender noch immer recht lange Auszug gibt nur einen kleinen Teil der Ausführungen wieder, die die „Bergbau-Zeitung“ macht:

„In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen einer harken Ernüchterung im Ferngastaumel. Die nachfolgenden Zeilen zeigen, welche Enttäuschungen in verschiedenen Teilen Deutschlands mit Ferngas erlebt wurden. Ein besonders markantes Beispiel bildet die Stadt Bielefeld, die bekanntlich direkt an der Ferngasstrecke Hamm—Hannover liegt. Es sei hier eingeschaltet, daß die Bielefelder Stadtverwaltung der Ruhrgas-AG. für den Ruhrstrang Hamm—Hannover ein Durchleitungsrecht durch das Stadtgebiet seinerzeit nicht gewährte; es gelang jedoch der Ruhrgas-AG. daraufhin Ende 1929 einen Wegebenehungsvertrag mit dem Landkreis Bielefeld abzuschließen. Durch die am 1. Oktober 1930 erfolgte Eingemeindung großer Teile des Landkreises Bielefeld ist die Stadt Bielefeld Rechtsnachfolgerin für die Bestimmungen des Vertrages geworden, soweit die Ruhrgasleitung jetzt im Stadtgebiet liegt. Es sollte scheinen, daß schon allein diese Verhältnisse dem Anschluß Bielefelds an den Ferngasstrang außerordentlich günstige Möglichkeiten eröffneten. Indessen kam ein Anschluß an die Fernleitung nicht zustande, da das Bielefelder Gaswerk das Gas billiger im eigenen Gaswerke erzeugen kann, als es von der Westfälischen Ferngasgesellschaft angeboten wurde.

Außer Bielefeld ist auch Schwerte der Westfern gas nicht beigetreten. Jserlohn ist vom Vertrag mit der Westfern gas zurückgetreten. Einen weiteren Markstein in dieser Entwicklung liefert der Anfang Juli d. J. bekanntgewordene Beschluß der Stadt Lüdenscheid, ebenfalls aus der Westfern gas AG. auszutreten. Es bedurfte hierzu allerdings jahrelanger ungünstiger Erfahrungen. Es hat sich dort nach der Magistratsvorlage herausgestellt, daß das Verbleiben Lüdenscheids in der Westfern gas ein reines Verlustgeschäft ist, das der Stadt Kosten von 50 000 Mk. pro Jahr verursacht. Denn nach den Ausführungen des Magistrats stellt sich ein Kubikmeter Gas in der Eigenproduktion des Gaswerkes 1 Pf. niedriger als der von der Ferngas-AG. verlangte. Das macht beim Gasumsatz von 2,6 Millionen Kubikmeter pro Jahr 26 000 Mk. Ersparnis. Die Verzinsung des Aktienanteiles von 35 000 Mk. belastet die Stadt jährlich mit rund 3000 Mk., da ja bei der Ferngas AG. keinerlei Dividende bisher zur Verteilung gekommen und auch nicht zu erwarten ist. Bei

einem Bezug des Ferngases fällt die Eigenproduktion des Gaskohles aus. Die Bürgererschaft müßte den viel teureren Sechenkohles beziehen. Dies wäre eine weitere Belastung für die Bürgererschaft von 21 000 Mk., so daß ein jährlicher Verlust von rund 50 000 Mk. entstünde. Es kommt hinzu, daß der Stadt rein finanzielle Belastungen von rund 140 000 Mk. aus dem Vertrag mit der Ferngasgesellschaft entstehen, denn die Stadt muß sich einmal mit einem Aktienkapital von 35 000 Mk. beteiligen und gleichzeitig noch die Bürgererschaft in dreifacher Höhe des Aktienkapitals übernehmen.

Von den übrigen westfälischen Städten ist Hagen seit zwei Jahren an die DEW. angeschlossen und nimmt nur Gas für den Stadtteil Haspe ab. Der Anschlußgrund war hier im Ausgleich der Spitzenbelastung gegeben. Altena ist seit einem dreiviertel Jahr angeschlossen, produziert aber heute noch und nimmt nur ein Drittel seines Bedarfs von der Westfern gas AG.; der Anschlußgrund ist hier in der Unmöglichkeit der Ausdehnung des eigenen Gaswerkes zu suchen. Altena muß dazu das Ferngas in der eigenen Anstalt einer Schwefelreinigung unterziehen, da das Sechengas noch Schwefel enthält, das sich im Haushalt unangenehm bemerkbar macht. Hohenlimburg hat seit sechs Monaten Ferngasversorgung; Grund: veraltetes Werk. Der Gaskonsum ist hier zurückgegangen. Olpe hat seit sechs Monaten Ferngas, weil sein veraltetes Werk nicht genügend leistungsfähig war; Olpe bezieht das Gas für 5,45 Pf.; der Werksüberschuß ist aber um 60 Proz. zurückgegangen; gegenüber der Eigenerzeugung ist keinerlei Zunahme des Verbrauchs eingetreten. Die Stadt Siegen, die nach den Zeitungsmeldungen so günstige Gastarife haben soll, befand sich beim Anschluß an die Ferngas AG. in einer Zwangslage, weil sie in einem ungünstigen Zeitpunkt vor der Entscheidung stand, den seit Jahren beabsichtigten mit einem Kostenaufwand von 2 bis 2,5 Millionen Mark verbundenen Neubau des Gaswerkes durchzuführen. Nicht richtig ist, was in Zeitungsausschnitten behauptet wird, daß Siegen auf Grund seiner Gaspreissenkung eine Steigerung des Gaskonsums um 27 Proz. erreicht hätte. Die Gaskonsumsteigerung in Siegen, die in einem Monat einmal 27 Proz. betragen hat, ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß im Ferngas ein heizwertärmeres Gas geliefert wird, als Siegen früher selbst hergestellt hat. Der Heizwert betrug bei Eigenerzeugung 5400 Kalorien, bei Ferngasbezug dagegen nur 4600 Kalorien, das sind rund 18 Proz. Heizwertverminderung. Der Gaskonsument muß heute also 18 Proz. Gas mehr verbrauchen als früher, wenn die gleiche Leistung wie bei dem Eigengasbezug erreicht werden soll. Demnach bleiben also in Wirklichkeit nur 9 Proz. Konsumsteigerung gegenüber dem angeblichen Satz von 27 Proz. Was nun die Gaspreissenkung in Siegen betrifft, so tritt sie (besonders unter Beachtung der erwähnten Gesichtspunkte) bei den Kleinabnehmern nicht in Erscheinung. Sie kommt hauptsächlich den größeren Verbrauchern zugute; ob Siegen auf die Dauer diese Preise halten kann, erscheint jedoch fraglich, denn der Betriebsüberschuß der Werke ist bereits um 40 Proz. gefallen.

Unter diesen Umständen verdient eine aus den kommunalen Kreisen Westfalens stammende Denkschrift erwähnt zu werden, die Anfang dieses Jahres für das preußische Innenministerium ausgearbeitet wurde. Unter Führung des Landeshauptmanns der Provinz Westfalen erfolgte 1928 die Gründung der Westfälischen Ferngas AG. Dortmund, der auch das Wegebenehungsrecht verliehen wurde. Nach den Statuten sollten mindestens 25 Proz. des Aktienkapitals im Besitz der Provinz Westfalen sein; das übrige Kapital verteilte sich auf andere Kreise und Städte, insbesondere

auf südwestfälische Städte. Sowohl der Magistrat Bielefeld, als auch der Kreisausschuß des Landkreises Bielefeld lehnten eine Beteiligung an der Westferngas ab, um nicht an Fern- bzw. Ruhrgas gebunden zu sein, denn Aktionäre der Gesellschaft können nur solche Gemeinden, Gemeindeverbände oder Länder sein, die Gas von der Gesellschaft beziehen oder in deren Gebiet Gaslieferungen durch die Gesellschaft erfolgen. Andererseits wurde durch die Gründung der Westferngas den Städten, die, wie z. B. Bielefeld, direkt an der Ruhrgasleitung liegen, die Möglichkeit eines direkten Bezuges von Kokereigas genommen; denn innerhalb der Provinz Westfalen ist entsprechend der Abmachungen mit der Ruhrgas AG. nur die Westfälische Ferngas AG. berechtigt, Gas aus den Ruhrgasleitungen abzugeben. Eine solche Zwischenschaltung der Westferngas bedingt natürlich eine Verteuerung des zu beziehenden Gases, was zur Folge hatte, daß auch andere gaserzeugende Gemeinden Ostwestfalens diese Zwischenschaltung von Westferngas abgelehnt haben. Merkwürdig ist der innerhalb des Versorgungsgebietes der Stadt Bielefeld geführte Kampf der kommunalen Westfälischen Ferngas AG. gegen das kommunale Gaswerk Bielefeld, der zunächst zur rücksichtslosen Ermäßigung der Bielefelder Gasverkaufspreise führen mußte, woraufhin die Westferngas ihre Preise wiederum ermäßigte. Neuerdings begann die Westferngas mit ihrer Gaslieferung auch direkt in Bielefeld einzudringen und schloß ferner eine Reihe von Gaslieferungsverträgen mit verschiedenen Firmen ab, die im Landkreis Bielefeld liegen. Der Landrat bzw. der Kreisausschuß weigerten sich, der Westferngas AG. die Kreisstraßen zur Benutzung freizugeben, woraufhin die Westferngas das Enteignungsverfahren eingeleitet hat. Typisch ist der Fall der Anstalt Bethel in Bethel bei Bielefeld, die bis jetzt vom städtischen Gaswerk Bielefeld seit 1911 mit Gas beliefert wurde. Ende vorigen Jahres hat die Anstalt Bethel plötzlich mit der Westferngas einen Vertrag auf Gaslieferung abgeschlossen, und zwar auf bedeutend größere Mengen als bis jetzt vom Gaswerk Bielefeld geliefert wurden. Der neue Gaspreis liegt zwar etwas unter dem bisherigen; bemerkenswerterweise wurden jedoch von Bielefeld vor dem Abschluß des Vertrages mit der „Konkurrenz“ neue Preise nicht eingefordert, trotzdem es als Selbstverständlichkeit gilt, daß diese bei einer nunmehr beinahe zwanzigfachen Abgabemenge ohne weiteres bedeutend reduziert würden. „Die völlige Geheimhaltung und der über Nacht getätigte Abschluß des Vertrages lassen die Information als richtig erscheinen, daß der Herr Landeshauptmann auf die Anstalt Bethel insofern einen Druck ausgeübt hat, als er erklärte: „Wenn die Anstalt Bethel nicht danach strebe, wirtschaftlich zu arbeiten, und dazu gehöre der Bezug von Ferngas zum Zwecke der Besserung der Wärmewirtschaft, so sehe er sich gezwungen, die Zuschüsse der Provinz für die Anstalt einer Revision zu unterziehen.“ Daß der Landeshauptmann als Aufsichtsratsvorsitzender ein Interesse an der bis heute mit Verlust arbeitenden Ferngasgesellschaft in bezug auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat, ist verständlich. Dieses Interesse darf jedoch niemals so weit gehen, daß hieraus umgekehrt ein Schaden für die beteiligten Gemeinden entsteht. Eine Investition enormer Mittel für die Gasbelieferung der Anstalt ist in der heutigen Zeit wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, zumal man nicht weiß, woher überhaupt Mittel für derartige Investitionen genommen werden. Deshalb schließt die Denkschrift mit folgenden Worten: „Es dürfte daher aus all dem Gefagten die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht an der Zeit ist, daß höheren Orts die Dinge einmal eingehend untersucht werden. Für die gaserzeugenden Gemeinden Ostwestfalens ist dieser, bald an unlauteren Wettbewerb grenzende Konkurrenzkampf, in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung ein Gefahrenmoment ersten Ranges geworden. Ferner wäre einmal die Frage zu prüfen, ob die letzten Endes der Allgemeinheit entzogenen Millionenwerte, die heute nutzlos und nicht gewinnbringend für die Privatwirtschaft in die Erde gelegt werden, für andere produktive Zwecke nicht wirtschaftlicher anzuwenden wären.“

Die Abgabe des Gases für industrielle Zwecke bildete in der Gasdiskussion der letzten Jahre eins der wichtigsten Argumente. Auch in der Pfalz wurde diese Frage in der Presse, in Vorträgen, Sitzungen und dergleichen eingehend behandelt. Der in der Pfalz sehr einflußreiche Verband Pfälzischer Industrieller hat schließlich an seine Mitglieder ein Rundschreiben herausgegeben und um Stellungnahme zur Frage der Ferngasversorgung gebeten. Nun ist es besonders interessant, daß fast alle pfälzischen Industriellen wenig Interesse für eine Ferngasversorgung in der Pfalz zeigten. Einzelne Firmen, darunter ganz bedeutende, haben eine Beteiligung an einer Ferngasversorgung aus Kostengründen völlig abgelehnt.

In keinem Lande des Deutschen Reichs wurden verschiedenartigste Projekte der Gasfernversorgung in unzähligen Denk-

schriften, Vorträgen, Konferenzen usw. in dem Maße behandelt, wie dies in Sachsen der Fall war. Und gerade in Sachsen konnte keine einzige Großstadt für den Gedanken des Ferngasbezuges gewonnen werden, um so mehr, als im sächsischen Steinkohlenrevier aus verschiedenen, hier nicht näher zu erörternden Gründen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben und auch nicht zu erwarten sind. Jedenfalls verliefen die von unzähligen Gutachten begleiteten Erörterungen des sächsischen Finanzministeriums über Errichtung einer Zentralkohlerei auf der Basis der sächsischen Steinkohle ebenso im Sande wie der seinerzeitige Plan eines Kokereibauwerkes in Riesa. Eine Tätigkeit, die sich jedoch fast ausschließlich auf kleinere Kommunen erstreckt, entwickelt hier eine halbstaatliche „Landesgasversorgung Sachsen AG.“, die sich auf 50prozentige Beteiligung des sächsischen Staates (auf dem Wege über Sächsische Werke bzw. Elektra) stützt.

Dor Jahresfrist wurde bekannt, daß der Wirtschaftsverband sächsischer Gemeinden, der seit jeher scharf gegen jede staatliche (und auch privatkapitalistische) Einmischung in die kommunalen Gaswerke Sachsens kämpfte, merkwürdigerweise und plötzlich mit der Landesgasversorgung AG. einen Rahmenvertrag abgeschlossen hat und seither den sächsischen Gemeinden sogar dringend empfiehlt, der Landesgasversorgung AG. beizutreten bzw. ihre Gaswerke abzutreten. Merkwürdiger ist aber, daß der Geschäftsführer dieses Wirtschaftsverbandes, auch nachdem der Rahmenvertrag mit der Landesgasversorgung AG. angebahnt oder abgeschlossen wurde, wiederum bei den sächsischen Kommunen als Gutachter aufgetreten ist und hierbei den Anschluß dieser Kommunen an die Landesgasversorgung AG. oder an die dieser Gesellschaft nahestehende „Gosag“ empfahl. Die Meinungen über eine solche kombinierte Tätigkeit können natürlich verschieden sein. Jedenfalls schien wohl nicht in allen Kreisen des Wirtschaftsverbandes ein einmütiges Einverständnis mit dieser Gaspolitik geherrsch zu haben. Es verdient deshalb erwähnt zu werden, daß Mitte des Jahres ein Rundschreiben des Wirtschaftsverbandes erschien, in dem es u. a. hieß, daß „auch in bezug auf den Anschluß der gemeindlichen Gaswerke an die Landesgasversorgung Sachsen AG. unter den gegebenen Verhältnissen zurzeit eine gewisse Zurückhaltung geboten ist“. Daß dieser Ratschlag in eine Form gekleidet war, die den angeblich zunehmenden Erfolgen der Braunkohlengaserzeugung entsprungen war, ändert nichts an der Tatsache, daß auch hier eine gewisse Erholung vom Ferngas sich bemerkbar macht.

Aus den besprochenen Fällen ist ersichtlich, wie nützlich es wäre, wenn kommunale Verwaltungen bei Entschlüssen von ungeheurer Tragweite auf dem Gebiet der Gaspolitik sich die an Ferngasplänen geübte Kritik zunutze machen würden. Es ist zu hoffen, daß auch die heutigen Ausführungen dem Kommunalpolitiker und Gasfachmann verhelfen werden, im verworrenen Gebiet des Ferngases eine klare Linie zu finden.“

Aus unserer Bewegung

Bezirk Südbayern. In den Versammlungen der Gemeindearbeiter in den Städten Augsburg, Ingolstadt, Regensburg, Landshut, Deggendorf, Straubing, Passau, Rosenheim, Traunstein, Bad Reichenhall, Berchtesgaden und Landsberg a. L. wurde nachstehende Entschliessung angenommen:

„Die sächsischen Arbeiter nahmen Kenntnis von dem Verhandlungsergebnis, das zwischen dem Reichsarbeiterverband und den Gewerkschaften zwecks Lohnabbau abgeschlossen worden ist. Sie bedauern auf das lebhafteste, daß der Artikel 48 der deutschen Reichsverfassung in dieser Weise angewendet wird. Sie erblicken darin einen Mißbrauch dieses Artikels und eine einseitige Anwendung gegen einen Teil der Staatsbürger. Durch Maßnahmen solcher Art durch die Reichsregierung wird erst recht die Stimmung erzeugt, die zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beiträgt. Die Versammelten erblicken in dieser Maßnahme einen Eingriff der Reichsregierung in das bestehende Tarifrecht, das sie ganz entschieden zurückweisen müssen. Sie verlangen bei Wiederholung solcher Vorgänge gerichtliche Entscheidungen. Da sich die Notwendigkeit bei diesen getroffenen Maßnahmen keineswegs auf einen wesentlichen Preisabbau stützen kann, ja sogar einzelne Artikel im Preiswesentlich gestiegen sind, erheben die Versammelten gegen das Vorgehen der Reichsregierung in der Notverordnung sowie gegen das gewalttätige Vorgehen des Reichsarbeiterverbandes den allerhöchsten Protest. — Die Versammelten erkennen die Tätigkeit ihrer vertrauten Verhandler an und sprechen ihnen erneut ihr Vertrauen aus. Sie wissen, daß es ihnen nur durch das gegebene Vertrauen möglich ist, all jenen Stellen entscheidend und geschloffen mit ganzer Kraft entgegenzutreten. Sie erwarten von ihnen wie bisher entscheidenden Widerstand gegen jede Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter. — Die Arbeiter der öffentlichen Betriebe geloben, nichts an Werbearbeit zu unterlassen, bis der letzte Mann in sächsischen Betrieben dem Gesamtverbande angeführt ist.“

Protest der Städtetage

Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages nahmen am 2. Oktober in München Stellung zu den dringendsten Problemen der Kommunalpolitik. Bei dieser Gelegenheit machte vor Vertretern der Presse Präsident Dr. Mulert im Beisein der Oberbürgermeister Dr. Sahm-Berlin und Dr. Scharnagel-München erfreulich eindeutige und bestimmte Ausführungen, die einem Protest gegen die jüngsten Maßnahmen der Reichs- und Länderregierungen gleichkommen. Wir entnehmen ihnen folgendes:

Trotz großer Einsparung auf allen Gebieten des kommunalen Verwaltungswesens brachte das Rechnungsjahr 1930 den deutschen Gemeinden ein Defizit von insgesamt 420 Millionen Mark. Im Jahre 1931 wird das Defizit auf mindestens 800 Millionen Mark ansteigen. Dieses Defizit ist allein durch das ungeheure Anwachsen der Kosten der kommunalen Erwerbslosenfürsorge verursacht. Die Gemeinden mußten dafür aufwenden: Im Jahre 1928: 160 Millionen Mark, 1929: 270 Millionen Mark, 1930: 605 Millionen Mark, 1931: 1040 Millionen Mark (geschätzt).

In dem bekannten Selbsthilfeprogramm haben die deutschen Städte Sparmaßnahmen in Aussicht gestellt, die bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehen. Die Notverordnung vom 24. August hat die Regierungen der Länder ermächtigt, alle Maßnahmen zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden zu verordnen. Die Länder haben aber mit dieser Ermächtigung den Städten nicht allein die Grundlage für den notwendigen Sach- und Personalabbau gegeben, sondern teilweise von dieser Ermächtigung in einer Weise Gebrauch gemacht, die an die Grundlagen der Selbstverwaltung rüttelt.

Die Reichsregierung hat es aber bisher unterlassen, die in Aussicht gestellte Verbilligung der Lebenshaltung in Angriff zu nehmen. Die Regierungen sind auch nicht der Forderung des Städtetages gefolgt, die überzählig werdenden Beamten und Lehrer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand zu versetzen. Statt dessen ist die ganze Last der Personaleinsparungen auf die Schultern der jungen Kräfte gelegt worden, ein Fehler, der schleunigst wieder gutgemacht werden muß.

Bisher hat das Reich den Gemeinden einen Kostenbeitrag von 230 Millionen Mark zu den Ausgaben der kommunalen Erwerbslosenfürsorge zugesagt. Dadurch wird das Defizit nur zum Teil abgedeckt. Zu einer weiteren Unterstützung der Gemeinden, die durch die im Oktober fälligen Zins- und Tilgungszahlungen in Kassenschwierigkeiten kommen, hat sich das Reich nicht entschließen können. Diese Kassenschwierigkeiten werden dadurch vermehrt, daß die Landesregierungen ihren Verpflichtungen den Gemeinden gegenüber nicht pünktlich nachkommen. So hat der preussische Finanzminister die Staatsbeihilfen für Gemeinden, die durch die Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen über den Durchschnitt hinaus belastet sind, seit Anfang August nicht mehr gezahlt.

Die längst fällige Reform der Arbeitslosenhilfe ist noch nicht in Angriff genommen. Unerträglich wäre es, wenn das Defizit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch Verkürzung der Unterstützungsdauer und Senkung der Unterstützungssätze auf die Gemeinden abgewälzt würde, deren Fürsorgelasten sich dadurch automatisch erhöhen würden. Eine solche Lastenverschiebung wäre keine Reform, sondern eine Spiegelfechterei.

Der von vielen Seiten propagierten Naturalversorgung der Arbeitslosen steht der Städtetag skeptisch gegenüber.

Zur Frage der Hauszinssteuer senkung vertritt Dr. Mulert die Ansicht, daß auf keinen Fall eine Senkung der Hauszinssteuer um einen höheren Betrag vorgenommen werden darf, als um den, der zum Ausgleich der Aufwertungszinserhöhung von 5 auf 7½ Proz. unbedingt erforderlich ist, also um höchstens 15 Proz. Eine stärkere Senkung zugunsten einer bestimmten Interessentengruppe ist um so weniger zu verantworten, als jede Senkung der Hauszinssteuer zu einer Steigerung der kommunalen Wohlfahrtslasten führt.

In einer Entschließung billigt übrigens der Preussische Städtetag die Stellungnahme des Preussischen Staatsrats zu den erlassenen Notverordnungen. Der Städtetag wendet sich auf das entschiedenste dagegen, daß „über die von ihm selbst seit langem mit großem Nachdruck betriebenen Sparmaßnahmen und über die durch die Notzeit bedingten Notwendigkeiten hinaus die gesetzlichen kommunalen Vertretungskörperschaften durch ausdrückliche Bestimmung der Ausführungsanweisung ausgeschlossen sind und in die Verfassung und Verwaltung der deutschen Gemeinden in einer Weise eingegriffen wird, die jede wirkliche Selbstverwaltung ausschließt.“

Zahlen deutscher Kleinfanterei. Das Land Anhalt hat rund 350 000 Einwohner, sein jährlicher Haushalt beläuft sich auf 24 Millionen Mark. Für Braunschweig betragen die Zahlen 500 000 Einwohner — 61 Millionen; für Lippe 163 000 Einwohner — 12 Millionen; für Mecklenburg-Schwerin 674 000 Einwohner — 85 Millionen; für Mecklenburg-Strelitz 110 000 Einwohner — 18 Millionen; für Oldenburg 550 000 Einwohner — 39 Millionen und schließlich für den allerkleinsten Zwergstaat Schaumburg-Lippe 50 000 Einwohner — 4,2 Millionen.

Reichs- und Staatsarbeiter

Kündigung von Lohnabkommen. Das Reichsfinanzministerium und die Reichsmarineleitung haben unter dem 26. September die Lohnabkommen für die Reichs- und Marinewerftarbeiter zum 31. Oktober 1931 gekündigt. Ebenso erfolgte Kündigung der Lohnsätze für die Reichsarbeiter und die Arbeiter der Marinewerft Wilhelmshafen und des Arsenalts in Kiel.

Auf der Chaussee

Mein Motorrad ist längst kaputt — aber meine Liebe zur Chaussee ist nicht kaputt. Und mein linker Arm ist kaputt, ich bin von einem Lastauto überfahren, ich habe nur noch einen Arm — aber ich habe noch zwei Beine — und das ist immerhin ein großes Glück. Ich kann wandern — frei und lustig über die Chaussee hinweg, durch die Täler, über Berge. Und sie kennen mich alle, meine Freunde von der Landstraße: die Wegewärter! Hallo, Mag — heißt es, mal wieder auf der Tour: bei diesem Wetter? Schönes Wetter, sage ich, so recht ein Wetter nach meinem Geschmack — Sturm und Regen, mal 'n bißchen Sonne, mal 'n bißchen Hagel — frei durch die Welt — Arm in Arm mit allen Dagabunden: mit Walter von der Silberweide, mit Hutten, Citaipe, Villon, Peter Hille, Ulenpeegel und Götz Goethe — Sturm, blase ins Jagdhorn — wir jagen die grauen Büffel, die da in großen Herden über den Himmel traben: die Wi-Wa-Wolken! Und die Trägheit jagen wir, die Trägheit der Gedanken und des Blutes, Jäger sind wir: unsern Pfeil — jeder Rückständigkeit mitten ins Herz!

Wie schön es jetzt im Herbst auf der Chaussee ist, die Apfelbäume hängen voller braunroter Früchte, an den Vogelbeerbäumen blühen die dichten reifen Korallenbüschel. Blaue Perlen: Zwetschen. Und der Duft der gelben Birnen, Durch die Tannen geht ein

tiefes Geklar. Im Eichwald tören die Hirsche. Raben wandern durch die Luft, nordhin — südhin aber fliegt der spitze, scharfe Keil, die wilden Schwäne. Mein Grashüpfer, singe, das Leben ist schön — heute sind wir glücklich, in diesem Augenblick genießen wir das Leben — frei, froh, gemeinsam! Alles, was da ist auf der Welt, bildet eine große Solidarität — wenn das Herz die Bindung vollbringt. Tag, Genosse Straßenwärter — na, ist die Laune günstig? Noch Freude am Leben? Ei, gewiß.

Und wir kommen ins Gespräch, den Buckel gegen den stürmenden Wind — pumppumm: da fallen zwei Äpfel. Frage her — Frage hin. Wie der Winter wird — soll ich sagen: ja, hart wird er, der Winter, die Armen werden den Hungerriemen noch etwas anziehen müssen — aber schließlich, im Krieg war's noch schlimmer. In den Parlamenten, unsere Genossen — sind nicht stumm! Sie kämpfen um die Sozialrechte des Proletariats.

Ein Auto — rrrr, es hält: Mag, steig ein! Na, nicht in die Tüte, zu Fuß will ich laufen — was hab ich von der Sauerei, und ich sage nicht gern danke! Auto — ab! Genosse Straßenwärter, leib wohl — und er präsentiert, mit der blanken Schaufel. Ich weiß, er ist ein treues Verbandsmitglied, jede Frage ist da überflüssig. Uebrigens, sie sind alle organisiert, im Gesamt-Verband, meine Freunde und Kameraden von der Chaussee. Hörst, der Ruf des Aufhähers — vom Waldbrand her: Na, Herr häher, ich gehe nicht an deine — Müße, streite du mit der Eichhäh. Es fällt ein

Die Lohnbewegung der Berliner städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

Die Direktionen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hatten die Abkommen über die Verkürzung der Arbeitszeit sowohl wie die bisher gültigen Lohnabkommen zum 30. September 1931 gekündigt. Am 16. September 1931 begannen die Verhandlungen über den Neuabschluss der Tarifverträge zunächst für die Berliner städtischen Gas- und Wasserwerke. Die Direktionen erhoben eine Forderung auf Kürzung der Löhne um 12 Pf. pro Stunde in allen Gruppen. Die Forderung wurde mit der Notlage der Stadtgemeinde Berlin begründet. Die Direktionen verlangten also eine gleiche Kürzung der Löhne, wie bei den Gemeindearbeitern und dazu die fast restlose Erfüllung des § 6 der Notverordnung, der für diese Betriebe wirksam ist.

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig und dauerten bis zum 29. September 1931, wobei in der verflochtenen Woche täglich Verhandlungen mit mehrstündiger Dauer stattfanden. Die Verhandlungen führten zu folgender Vereinbarung:

„I. Das Abkommen über Verkürzung der Arbeitszeit vom 5. Januar 1931 bleibt in Kraft.

II. Die tariflichen Stundenlohnätze aus dem Lohnsatz vom 21. Mai 1930 werden mit Wirkung ab 1. Oktober 1931, soweit der Stundenlohn 111 Pf. unterschreitet, um 3 Pf., im übrigen um je 4 Pf. für die Arbeitsstunde gekürzt. Der Grundlohn für Akkord wird ebenfalls um 4 Pf. gekürzt. — Die Errechnung der Wochenlöhne erfolgt auf Grund dieser Kürzung. — Verheiraten- und Kinderzuschläge werden um je 1 Pf. pro Arbeitsstunde gekürzt. — Die übrigen Bestimmungen des Lohnsatzes bleiben unverändert. — Dieser Lohnsatz gilt bis zum 31. März 1932. Er verlängert sich jeweils um 6 Monate, wenn er nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Berlin, den 29. September 1931.“

Unmittelbar im Anschluß daran begannen die Verhandlungen am 30. September 1931 bei der Bewag (Berliner Städt. Elektrizitätswerke Akt.-Ges.). Die Direktion der Bewag hat nach dem Abschluß der Verhandlungen bei den Gas- und Wasserwerken zwar eine Forderung von 12 Pf. nicht mehr erhoben; 5 Pf. sollten als von vornherein äußerstes Angebot unbedingt vom Lohn gekürzt werden. Darüber hinaus sollte die im Vertrage vorgesehene Auslösung für Arbeitnehmer, die außerhalb der Betriebe arbeiten, von 1,45 Mk. auf 1,20 Mk. bzw. 60 Pf. herabgesetzt werden. Außerdem verlangte die Direktion bei der Lohngruppe Handwerker und Monteure die Einführung von Jahresstaffeln mit der Maßgabe, daß erst nach dreijähriger Tätigkeit der Höchstlohn erreicht wird.

Wenngleich die Differenz zahlenmäßig nicht so groß war, wie bei den vorausgegangenen Verhandlungen bei den Gas- und Wasserwerken, waren die Verhandlungen dennoch denkbar schwierig, da die Direktion von dieser Forderung, die Löhne um 5 Pf. zu kürzen, und zwar bei voller Erfüllung aller Nebenforderungen, unter keinen Umständen abweichen wollte. Eine weitere ernste Auseinandersetzung fand wegen der Frage der Laufdauer statt. Die Direktion wollte nur bis zum 30. November 1931, also auf rund 8 Wochen abschließen. Ein solches Ansinnen mußte unsererseits

auf das bestimmteste zurückgewiesen werden. Nach dreitägiger Verhandlung wurde folgendes Ergebnis erzielt:

„1. Das Abkommen über die Arbeitszeitverkürzung vom 2. Januar 1931 bleibt in Kraft.

2. Die bisherigen Stundenlohnätze in den Gruppen 1a bis 3 und 5 ermäßigen sich mit Wirkung ab 4. Oktober 1931 um 4 Pf. pro Stunde. — In der Gruppe 4 — Arbeiterinnen — beträgt der Stundenlohn 90 Pf.

3. Die Stundenlohnätze für Jugendliche betragen: 60 Proz. der jeweiligen Lohngruppe für Arbeitnehmer vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, 70 Proz. wie vor für Arbeitnehmer vom vollendeten 18. bis vollendeten 19. Lebensjahr, 80 Proz. wie vor für Arbeitnehmer vom vollendeten 19. bis vollendeten 20. Lebensjahr, 90 Proz. wie vor für Arbeitnehmer vom vollendeten 20. bis vollendeten 21. Lebensjahr.

4. Die tariflichen Zuschläge sowie die Wochenlöhne ändern sich im gleichen Verhältnis wie Ziffer 2.

5. Die Auslösung beträgt 1,40 Mk. pro Tag in der großen Zone, 1 Mk. pro Tag in der kleinen Zone. Als große Zone gilt der Arbeitsbereich außerhalb eines Kreises von 2,5 Kilometer vom Standort des Arbeitnehmers aus gerechnet, als kleine Zone der Arbeitsbereich außerhalb des Standortes, aber innerhalb der 2,5-Kilometer-Zone. (Der jeweilige Standort wird durch Betriebsvereinbarungen festgelegt.) Für Arbeitnehmer, für die bisher innerhalb der kleinen Zone von 2,5 Kilometer vom Standort Auslösung nicht gezahlt worden ist, verbleibt es innerhalb der kleinen Zone bei dem bisherigen Zustand. — Für die Arbeitnehmer von B./R., B./R./A., B./R./G. und A.D. ausschließlich Straßenbeleuchtung beträgt der Auslösungssatz in der großen Zone 1 Mk. pro Tag. Hierbei ist Voraussetzung, daß der An- und Abmarschweg außerhalb der Arbeitszeit liegt. — Alle übrigen Bestimmungen des bisherigen Lohnsatzes bleiben bestehen. — Dieser Betrag gilt bis auf weiteres. Er kann mit einmonatiger Frist erstmalig am 2. Januar 1932 zum 31. Januar 1932 gekündigt werden. Wird nicht gekündigt, so läuft der Vertrag mit einmonatiger Kündigungsfrist jeweils um einen Monat weiter.

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Mit diesen Ergebnissen ist der Versuch, den Abzug, den die Gemeindearbeiter erlitten haben und dazu die Ausnutzung des § 6 zu erzwingen, zurückgewiesen. Bei genauer Betrachtung bleibt der materielle Verlust hinter dem, den die Gemeindearbeiter leider hinnehmen mußten, um einiges zurück. Insbesondere ist die Laufzeit für die Verträge von entscheidender Bedeutung. Die Verträge laufen bis zum 31. März 1932 bzw. 31. Januar 1932.

In einer allgemeinen Funktionärerversammlung am 2. Oktober 1931 im großen Saale des „Häckelchen Hofes“ erstattete Kollege Schaum Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Verlust der 3 bzw. 4 Pf. am Lohn an sich schmerzhaft ist, daß aber voll anerkannt wird, daß es der Organisation gelungen ist, die enormen Forderungen der Direktion auf ein einigermaßen erträgliches Maß zurückzudrängen. In der Abstimmung wurde das Resultat von etwa 650 anwesenden Funktionären gegen etwa 8 Stimmen angenommen.

Die Verhandlungen für die Gasbetriebsgesellschaft und für die Charlottenburger Wasserwerke sind noch nicht abgeschlossen.

wenig Regen — Kragen hoch — und es wird eins gepfiffen — Kopf gegen den Sturm. Weiß und rot hüpfen die Straßensteine vorbei — es geht um die Kurve!

Und da stehe ich schon wieder bei einem dritten Kollegen, bei einem anderen Straßenwärter, oben am Bergbuckel, wir haben uns ein wenig unter die breiten Schirme der Kiefern gestellt — des Regens wegen —, aber hinten wird der Himmel schon hell — Silber taucht unterm Grau auf, am Himmel, der Sturm zerhackt die Wolken — der Himmel wird ballig und würfelig — schiiii, faust der Westenwind durch die Kiefern, die Stämme leuchten orange. Und er fragt mich, Kollege Straßenwärter: Mag, is das wahr von Spanien? Jawohl, Spanien hat sich zur „Arbeiterrepublik“ erklärt, unter sozialistischer Führung. Und den Krieg hat das spanische Parlament als Unkultur für immer aus der spanischen Politik verworfen — nicht mehr Krieg als letzte Abrechnung — sondern Verständigung über Streitfälle. Ja, Spanien — uns beiden leuchten die Augen vor Freude — als nächstes kommt Italien dran. Der Mussolini wird dem Alfonso nachmarschieren. Hoo — der Sturm — schiiii — evviva Italia libera! Freie Chaussee. Freie Straße für alle Völker! Adjes, Genosse — grüße mir dein Dorf. Und Treue zum Verband! Natürlich — immer.

Weiter wandere ich — glücklich durch Sturm und Wetter. Das Tal, die alte Römerbrücke. Der Strom, schokoladenbraun vom

vielen Regen. Und ein weißes Dorf — die Gänse schnattern mir nach — im Wirtshaus 'nen Schnaps — und weiter, weiter, weiter. Das Blut treibt, ich kann nicht rasten — — wenn der Sturm geht, dann will das freie Blut mit.

Umleitung. Die Chaussee. Auto links rum! Ja aber geh' geradeaus. Die Straße ist aufgerissen, sie wird betoniert. Eine Betonkolonne ist bei emsiger Arbeit. Amerikanisches Tempo. Ein Gewitter — wird denn die Treiberei auch auf der Chaussee Mode? Nö, es is nur von wegen dem Akkord. Gut, aber macht daraus keinen Mord. Bleibt immer würdevolle freie Menschen. Treibt euch nicht selber an — aus Akkordsucht!

Und nun stehen sie alle um mich herum — die Betonarbeiter von der Chaussee — seid ihr denn auch im Verband, Freunde? Verband, Verband, ja, früher mal, und dann — wir sind doch vom Dorfe. Und wenn ihr zehnmal vom Dorfe seid — dann habt ihr nicht weniger Solidaritätsinteressen als die Arbeiter in der Stadt. Der da sympathisiert mit Hitler — ein bißchen höhnisch ward das gesagt — und er wird knallrot, der so Betupfte, er sympathisiert — is nich wahr, is nich wahr — sagt er, ich war nur zur Neugierde auf der Versammlung — und zum Zeichen, ich gehe in den freien Verband! Die anderen sagen auch ja. Die zwei Vorarbeiter kenne ich — sie sind aus der Stadt, längst organisiert — gewiß, sagen sie: Wir bringen Aufnahmefreie mit — für alle!

LANDSTRASSENWARTER

Das Obstfortiment für Straßenpflanzungen

An den Stellen mit durchlässigen tiefgründigen Bodenarten, wo die Wurzel aus der Tiefe das erforderliche Wasser holen kann, steht von allen Obstsorten an erster Stelle der Birnbaum. Seine hochwachsende pyramidale Krone wirkt sehr dekorativ auf das Gesamtbild der Straße und ihre Umgebung. An geeigneten Sorten von Birnen sind sehr zweckdienlich die Wirtschaftsorten, die zur Obstweinbereitung und zum Dörren vorwiegend in Süddeutschland Verwendung finden. Diese stellen gegenüber den Tafelbirnen geringere Ansprüche an Klima und Bodenwärme und gedeihen noch in höheren Lagen. Ferner zeichnen sich noch die genannten Sorten durch einen kräftigen Kronenbau aus. Auch sind diese Sorten nicht so sehr dem Mundraub ausgeföhrt wie die Eßbirnen in feinen Sorten. Die zu wählende Sorte muß in der Frucht mindestens mittelgroß sein und frei von der Schorfkrankheit. Die Frucht soll viel Zellsaft enthalten, reich an Fruchtzucker, Gerbstoff und Fruchtsäure sein. Diejenigen Sorten, die im Reifezustand eine gelbe oder rote Fruchthaut naturgemäß haben, ergeben einen schönfarbigen gelben Obstwein.

An geeigneten Sorten, die diesen Ansprüchen genügen, ist in erster Linie zu nennen die Luxemburger Birne. Ihr schöner pyramidal-kräftiger Astbau, mit großem dunkelgrünem Blatt, die mittelgroße Frucht rotgerötet, erst im Spätherbst baumreif, stellt sie an die erste Stelle. Es empfiehlt sich, an jeder Straße nur zwei Birnensorten, die zu gleicher Zeit blühen, zu pflanzen. Ist die Straße infolge ihrer Breite doppelseitig mit Bäumen versehen, so kommen je zur linken und zur rechten Straßenseite ein Exemplar der gleichen Sorte. Ist die Straße schmaler und daher nur auf einer Seite zur Bepflanzung bestimmt, so wechseln die zwei Sorten je ein Exemplar ab. Zur Luxemburger Birne kann gepflanzt werden die Knollbirne, die ein ähnliches Wachstum wie Nr. 1 aufweist und zu gleicher Zeit die Frucht reife hat.

2. Zusammenstellung: Die starkwüchsige und ungemain reich fruchtbringende Gelbmöstler-Birne ist sehr saft- und zuckerreich. Sie gibt einen schön gelbfarbigen Obstwein. Diese Sorte ist sehr rentabel zum Aufspießen minderwertiger Birnenhochstämme. Bei Neuanlagen paßt Nr. 2 zu ihr, die Wilde Eierbirne, die gleichzeitig blühen und eine gemeinsame Reife der Frucht im September besitzen.

3. Zusammenstellung: In den rauhesten Lagen und mindergeeigneten Bodenarten ist die Pflanzung der Schweizer Wasserbirne (Kugelbirne) angebracht. Diese Frucht ist mittelgroß, enthält sehr viel Zellsaft, ergibt aber einen mehr hellweißen Wein und hat weniger Gerbstoff und Säure. — Ihr kann daher als ebenbürtige die Champagner Bratbirne als Nr. 2 zugepflanzt werden. Vorteile sind gleich hohe und breite Baumform, gleiche Fruchtgröße, äußerst gerbstoffreich, mit schöner gelber Fruchthaut, ergibt daher (50 Proz. dieser Früchte mit der Schweizer Wasserbirne gemischt und gekellert) nach der Gärung einen der besten Obstweine. Wird der so gewonnene Obstwein noch mit einem

Dierteil von Weißwein durchmischt oder verschnitten, so trinkt ihn in der Regel der Laie als Rebwein.

Haben wir Straßen zu bepflanzen, die den Stürmen des Westwindes stark ausgeföhrt sind, so müssen Sorten gewählt werden, die mittels ihres langen, dünnen Fruchtstiemes im Winde hin und her pendeln, ohne sich vom Baum loszulösen. Die Geigen-schnabelbirne eignet sich dazu vortrefflich, eine mittelgroße, lange, rotgelbe Birne, auch zum Dörren als sogenannte Schnitbirne vorzüglich zu gebrauchen. Ihr starkwüchsiger, schön pyramidalen Kronenbau wirkt sehr dekorativ.

An sehr feuchten Stellen hat sich als brauchbar bewährt: die Lederhosenbirne. Die Frucht ist groß, zum Rohgenuß, zur Weinbereitung und als Schnittbirne zu verwenden.

In Gegenden, wo die Weinbirnensorten wenig oder gar keine Verwendung finden, können Eß- und Tafelbirnen in denjenigen Sorten ausgewählt werden, die nicht so anspruchsvoll sind an Klima und Bodenwärme.

Die Sommer-Herrenbirne reift im August. Sie hat kräftigen Baumwuchs mit reicher Fruchtbarkeit und ist besonders anspruchslos. — Die Hofratsbirne hat große Frucht, Oktoberreife, ist anspruchslos und kann zum Aufspießen älterer Bäume Verwendung finden. — Neue Poiteau, äußerst reich tragend, sehr anspruchslos, reift im November. — Deutsche National-Bergamotte, vorzügliche Konservierbirne, wüchsig, September reif, eignet sich für gute Böden. — Köstliche von Charneu, Oktober reif, für guten Boden.

Die kleinfüchtigen Birnensorten, wie die Mezer Bratbirne, der Wildling von Einjedel, die weidenblättrige Herbstbirne und ähnliche Sorten in dieser Größe sind in der Anpflanzung zu vermeiden, da kleinfüchtige Sorten die Kosten der Ernte zu sehr verteuern.

In Gegenden mit geringen Niederschlagsmengen und mehr trockenen Bodenarten, bei Kieschichten und deren Mischungen im Untergrund treten an die Stelle der Birnenhochstämme die hier noch sehr gut wachsenden Süßkirschen-Hochstämme. In leichten, kiesdurchschichteten Böden liefern sie prächtige Baumpflanzungen mit hochgehenden Kronen. Es kommen aber nur großfrüchtige und festfleischige Edelarten, die als Export und Konservenerfrucht im Obsthandel gesucht sind, zur Auswahl. Die Blüte- und Fruchtzeit der Reife soll die mittelfrühe bis mittelspäte sein. Als Knorpelkirschen oder Kracher im Volksmund benannt, gelten: Große Hedelfinger Riesenkirsche, braune, große Frucht. Geeignet für Konserven und Tafel. — Große Schwarze Knorpelkirsche, braunschwarz, für Tafel und Konserven. — Große Prinzessinkirsche, gelbrote, allerbeste und hochbezahlte Konserven- und Tafelfrucht. — Büttners rote Knorpelkirsche, aufrechter, schöner Wuchs, rote Frucht.

Für die dritte Obstzone, die höheren Lagen über 600 Meter n. d. M. wählt man die wüchsigste und sehr fruchtbare Süßkirsche Frühe Kasin, da die späteren Sorten selten noch reif werden und die frühblühenden im Frost leiden.

Und unter Sturm und Regen schwächen wir noch ein Weischen — dem Akkord zum Troß. Unsere Sprache und unser Gefühl deutet und sieht die große Arbeiterarmee auf dem Vormarsch — die siebenmahlhunderttausend freien Arbeitsjuden, vorneweg rote Weltbanner — die Armee der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs marschiert — hin zur Million Mitglieder! Werben, werden, Genossen — die Arbeiter der Chaussee gehören zu uns: alle, alle! Ja, wir kommen. Die Hand zur Treue: dreißigmal fühle ich den Druck. Adejs Freideutschland!

Und wieder wandere ich, einsam und doch nicht einsam — Frau Einsamkeit ist die geschwägigste Gefährtin. Einsam bist du den Menschen am allernächsten. Der Sturm geht klatschend über die kahlen Aecker — aus der Höhe klingt der scharfe Schrei des Habichts. Blaue Meisen pfeifen ganz leise im Tannenstück — kaum hörbar unterm Sturm. Es duftet nach Thymian und Schafgarbe — die bunten Kräuter der Chaussee. So viel Schönheit ist da.

Nachmittag. Ich bin naß. Wieder: Umleitung! Chausseebau. Diesmal ein Teerstück. Unten wird Schotter neu gelegt. Hallo — guten Tag zur rechten und linken! Wir kennen uns — ja, altorganisiertes Chausseevolk, hier brauchste nicht werden. Hier steht roter Granit. Die Dampfwalze — Maschinist und Heizer — ja, ich kesse mich mit ihnen gegen's Feuer — ich bekomme heißen

Kaffee — wir stopfen die Pfeifen, wir reden: von England und Indien, von Brasilien und Kanada und Texas: von Börsen, Gold, Gandhi, Weizen und Wolle und Lohusen reden wir — Proleten von der Landstraße — durch Verband und Partei aber zu wissenden und kühn wollenden Menschen erzogen — mit Interesse an Weltwirtschaft und Völkerverpolitik! Leise zischt die Lokomotive, das Blutventil der Dampfwalze — der Regen klatscht aufs kleine Wellblechdach — eng aneinander haben wir uns geschmiegt: in Sturm und Wetter ein kleines Häufchen pulstierenden Lebens — Sozialisten und Kämpfer, interessiert an allem Menschlichen. Walter von der Silberweide singt uns sein Volkslied „Unter den Linden, auf der Heide!“ Hutten trumft auf: „Ich hab's gewagt!“ Citapes freie Chinalieder. Revolte gegen die Kriege! Dillon, der Pariser Rebellenjäger um Anno 1450. Peter Hille, der Philosoph der Landstraße, halber Romantiker — halber Carmagnole. Und der Menschenpegel is hier — mit Schellenkappe und Dudelsack, die Weisheit im Narrenkleid. Und da — Handschlag — der Göß, der junge stürmende Goethe: der Straßenläufer, auch er ist bei uns — alles Brüder der Chaussee — alles, was frei im Herz und in der Seele ist — das horcht mit uns auf den Choral des Sturms. Genosse: drei Schippen Kohlen ins Feuer — die Dampfwalze!

Mag Dortu.

Als recht gut hat sich die Rote Maikirsche, eine dunkelrote Süßweichsel- oder Bastardkirsche, meist selbstbefruchtend, als Einzelblüher bewährt. Sie dient als Uebergang zu den Sauerkirschen.

Als Sauerkirsche kommt hauptsächlich die Baumweichsel Großer Gohbert mit hellroter Frucht und kräftigem Kronenbau zur Auswahl. Sie ist besonders an Nordabhängen zu verwenden. — An den Stellen, wo die Edelkirschen in zugigen Tälern und Höhen und allzu geringen Bodenverhältnissen auscheiden, können noch die Wildkirschenstämme angepflanzt werden. Hier kommt aber nur die Dogelkirsche, und zwar die hellfrüchtige Dogelkirsche mit silberglänzender Stammrinde, zur Anpflanzung, die infolge ihres kräftigen Wuchses sich dazu besser eignet als die klein- und dunkelfrüchtige Dogelkirsche mit geringem Wuchs.

In Niederungen mit feuchtem Boden, meistens auch nährstoffreich, kann in Bedarfsfällen die Deutsche Hauszwetsche ihre geeignete Pflanzstelle finden.

Von den anbaumwürdigen Apfelsorten werden jene bevorzugt, die einen mehr pyramidalen Kronenwuchs haben. An erster Stelle steht der Große Bohnapfel, der in allen Bodenarten noch gedeiht, jedoch in mehr schwerem Boden höchste Fruchtserträge liefert und in allen Obstzonen gedeiht. — Die Graue Herbst-Reinette, meist Selbstbefruchter, vorwiegend in Bergstraßen brauchbar, anspruchlos im Boden als die Graue Französische Reinette. Diese liebt guten Boden mit guter Feuchtigkeit in der ersten und zweiten Zone bis 500 Meter Höhe. — Die Osna brück-Reinette für die dritte Obstzone bis 800 Meter h. d. M., starke Kronen, dort ungemein fruchtbar. — Purpurroter Cousinot, Herbstsorte bis November, aufrechtwachsend, vorzüglicher Dörrapfel. — Der Rote Trierische Weinapfel, ein vorzüglicher Befruchter anderer Sorten, muß in der Jugend mehrere Jahre länger dem Kronenschnitt unterworfen werden, sonst hängen seine Kronenäste gleich wie Trauerweiden herunter, wird deshalb zurzeit viel an Straßen umgepfropft mit hochwachsenden Sorten mit großer Frucht. An seine Stelle kann bei Uenanlage der Gehringer Blutstreiflingen eingereicht werden. Dortselbst: Größere Frucht, wuchstiger in der Kronenform. Genüßreiche März-April, der dann als saftreicher, gelagerter rotfarbiger Apfel am Markt sehr gesucht ist.

In guten Bodenlagen und klimatischer Wärme empfiehlt sich 1. Königlich Kurztitel, meist Selbstbefruchter, blüht spät, vorzüglich Tafelapfel, muß für die Straße auf Stammbilder in der Baumschule oder am Standort aufgepfropft werden.

Die Winter-Gold-Parmäne liebt nährstoffreiche Böden mit genügender Feuchtigkeit, liefert vorzüglich männlichen Blütenstaub (Pollen) den Bienen zur Befruchtung anderer Apfelsorten. Sie ist die Königin aller Edeläpfel, sehr begehrt auf dem Markte. Ist diese Sorte in Gegenden angepflanzt, wo sie nicht wüchsig gedeiht, so kann man sie umpfropfen mit einer nur starktriebigen Sorte, wie: Graue Reinette oder Gehringers Blutstreifling oder der Hochburger Reinette, letztere besonders in rauhen Gegenden passend.

Die Hochburger Reinette ist die beste Erbsorte für die echte Champagner Reinette. Letztere gedeiht nur in kalkreichen, wärmeren Lagen und scheidet deshalb meist im Straßenobstbau aus. Die Hochburger Reinette ist sehr starkwüchsig, macht schöne Kronen mit sehr guter Fruchtbarkeit. Reifezeit März-April.

In höheren Lagen, der dritten Obstzone, wo es luftiger ist als in den Niederungen, paßt die Große Kasseler Reinette, deren wertvolle Frucht im Mai-Juni von Bedeutung ist.

In der dritten Obstzone, von 600 Meter Höhe an, gedeiht sehr gut der Boikenapfel, der zweckmäßig auf stammhohe kräftige Stammbilder aufgepfropft wird, wie: Fiebers Erstling, Trierischer Weinapfel oder Hochburger Reinette.

Die Walnuß Juglans regia sollte als Straßenbaum infolge seiner Breitkronigkeit und besonders wegen der starken Beschattung auscheiden. Bei dem starken Autoverkehr wird infolge der weichen und großen Blätter, die schnell in Fäulnis übergehen, die Straße zu schlüpfrig. Auch stören die flach- und weitverzweigten Wurzeln die angrenzenden Erdkulturen der nachbarlichen Grundstücke. Einzelne Nußbäume an Straßenkreuzungen wirken sehr dekorativ und für den Wanderer oft recht orientierend. Desgleichen sind sie, vor Brücken eingepflanzt, ebenso wirkend.

In geschützten Lagen, einem milden Klima, gedeiht in Süddeutschland noch an sonnigen Abhängen die Edelkastanie, Castanea vesca und fruchtet besonders reich in der Weinzone. Die stattlichen, schön geförmten Bäume mit ihren glänzend dunkelgrünen stark gezähnten Blättern sind sehr dekorativ als Straßenbau oder als Einzelbaum zur Brückendekoration.

In noch höheren Lagen, in den Gebirgsstraßen, wo das

Wachstum von Obstbäumen fraglich ist, gedeiht die eßbare Mährische Eberesche, Sorbus aucuparia moravica. Sie ist eine Abart der gemeinen Vogelbeere, Sorbus aucuparia. Aus deren Frucht wird Branntwein, Obstwein, Marmelade erzeugt oder sie wird, ähnlich wie die Preiselbeere, konserviert. Die schöne Belaubung, der Blüten Schmuck und die korallenroten Früchte geben dem Baum die Senjur eines schönen Zierstraßenbaumes. Das Holz ist sehr wertvoll. Seine Rinde ist gerbstoffreicher als jene der Eiche.

Auch die russische eßbare Eberesche, Sorbus aucuparia rossica Spaeth, liefert noch süßere Früchte als die Sorbus moravica. Diese Bäume liefern viele große Baumschulfirmen, unter anderen L. Spaeth, Baumschulenweg bei Berlin, Friedrich Hesse, Blankenburg am Harz.

Anschließend in den Höhenlagen gedeiht dann bis 2000 Meter noch die Urform, die gemeine Eberesche, Sorbus aucuparia, deren Früchte wertvolle und hochgradige Fruchtsäuren besitzen und nach der Literatur der Konservengroßindustrie wichtige Naturerfahstoffe bilden, gegenüber den vorher hierzu verwendeten rein chemischen Säuren. Aus 100 Kilogramm Früchten erhält man in der Regel 60 Liter Saft. Leider werden diese Früchte meist hängen gelassen und dienen dann naturgemäß in teigigem Zustand den Vögeln als Futter.

Alois Gubick, Hochburg.

Uelzen. In der gut besuchten Versammlung der Landstraßenwärters des Kreises Uelzen am 27. September in Ebstorf berichtete Kollege Meißner über die letzte Lohnbewegung. Er schilderte die außerordentliche finanzielle Notlage der Gemeinden und Kreise, die bereits zu weitgehenden Kündigungen und Entlassungen der Landstraßenwärters geführt hat. Unter dem Druck dieser finanziellen Notlage stand auch unsere Lohnverhandlung. Es war daher nicht gut möglich, einen Lohnabbau zu verhindern. Wenn wir aber die ganze Sachlage übersehen, dürfte feststehend sein, daß, so fühlbar der Abbau auch ist, immerhin eine Grenze vorhanden war, die wir vorher gar nicht erhofften. Das Hausstandsgeld war durch Notverordnung gefallen, dann ist ein Lohnabbau von 10 Pf. pro Tag eingetreten und die Akkordlöhne sind ebenfalls um 4 Proz. abgebaut. Da aber die Akkordarbeit kaum noch in Frage kommt, so wirkt sich das zunächst nicht so sehr aus. Wir können daher feststellen, daß hauptsächlich der Lohnabbau sich in minimalen Grenzen gehalten hat. Allerdings muß dabei mit beachtet werden, daß durch Wegfall der Frauensulage ein stärkerer Abbau erfolgt. Kollege Martens (Mitglied der Tarifkommission der Landstraßenwärters) unterstrich die Ausführungen des Referenten und betonte ausdrücklich, daß die diesmaligen Verhandlungen wohl die schwersten gewesen sind, die wir geführt haben. Daß wir so glimpflich davongekommen sind, haben wir nur dem Umstand zu verdanken, daß unsere Organisation heute durch die Verschmelzung mit anderen Verbänden diese Stärke angenommen hat. — In der Diskussion wurde allseitig anerkannt, daß Verbandsleitung und Tarifkommission ihre Pflicht getan haben. — Es wurde dann die Frage aufgeworfen, die Beiträge zu reduzieren. Hierzu führte Kollege Meißner aus, daß gegenwärtig eine Reduzierung der Beiträge vorzunehmen, nicht möglich sei. Die Löhne gelten nur für September und Oktober. Im Oktober muß neu verhandelt werden und wir können unmöglich vorher die Organisation schwächen. Aus diesem Grunde ist die Beibehaltung des jetzigen Beitrages dringend notwendig. Was hier allerdings die Kollegenschaft belastet, ist einmal der außerordentlich hohe Betrag, der für den Ortsausschuß Uelzen durch die Erhaltung des Gewerkschaftssekretariats entsteht. Dadurch sind die Kollegen gezwungen, pro Mitglied 15 Pf. pro Woche abzuführen und daher war auch das Bestreben zu verstehen, daß gleichzeitig der Austritt aus dem Ortsausschuß versucht wurde. Auch hiergegen wendete sich Meißner und zeigte den Kollegen, daß es auch für sie dringend notwendig ist, das Gewerkschaftssekretariat zu erhalten, da in so kleinen Orten niemand ist, der die Kollegen in jeder Beziehung richtig vertreten kann. — Nach längerer Aussprache wurde dann betont, daß an den Beiträgen nur das in Wegfall kommen soll, was über den im Statut vorgesehenen Satz hinausgeht. — Im allgemeinen wurde anerkannt, daß wir unmöglich dem Drängen einzelner Kollegen nachkommen können, die selbst bei einer Reduzierung des Beitrages immer noch etwas auszusparen haben. Die Hauptschuld liegt wohl daran, daß die Beiträge vierteljährlich bezahlt werden und die aufgehäufte Summe da eine Belastung bedeutet. Es ist aber außerordentlich schwierig, monatliche Zahlungen einzuführen. Wenn das möglich wäre, würde sicherlich die Belastung nicht so fühlbar sein. So wurde beschlossen, die Beiträge in der Höhe zu belassen, und auch fernerhin dem Ortsausschuß Uelzen treu zu bleiben. — Ferner wurde verlangt, daß Uelzen nach dem Lohntarifvertrag in Ortsklasse II kommen soll. Außerdem soll versucht werden, den Kreisaußschuß zu bewegen, auch für die Landstraßenwärters die Ruhegeldordnung der Provinz durchzuführen.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Immer wieder die alten Ausreden

Wenn inmitten allgemeiner Not der eine oder andere Berufszweig auch seine besonderen Nöte hervorhebt, so kann man dagegen kaum etwas einwenden. Es mag in besonderen Fällen angebracht und notwendig sein, auch auf diese Nöte einmal entsprechend aufmerksam zu machen. Aber wo die Hervorhebung der besonderen Berufsnot bereits zur ständigen Einrichtung und Gewohnheit geworden ist, da erscheint es doch angebracht, triftige, starke und überzeugende Gründe beizubringen, wenn ein alles überragender aller schlimmster Notstand behauptet wird.

Unsere Herren Arbeitgeber, die „Gartenbauern“, wie sie selbst so schön und im hinteren Teil des Wortes treffend sich titulieren, weisen nun neben den vom Landbund beeinflussten wirklichen Landwirten zweifellos auch schon recht nette Rekordleistungen beim Anstimmen von Klagegeden auf; klagten sie doch schon zu Zeiten, da sie nach eigenen Zügeständnissen geradezu glänzende Geschäfte machten. Man sollte also annehmen, daß sie in der Kunst, Klagegeden stimmungsvoll zu Gehör zu bringen, es schon zu einiger Uebung gebracht hätten.

Dor einigen Wochen nun haben unsere Gartenbauern sogar den Deutschen Landwirtschaftsrat und die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer veranlaßt, alle bedeutenderen Untertanen ihres Bereichs, also die Vorsitzenden ihrer Fachauschüsse für Obst- und Gemüsebau, Vertreter des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues und des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften, einmal zusammenzuholen, um diese Herrschaften eine „Entschließung“ beschließen zu lassen. In den Berichten darüber, natürlich der Zweck der Uebung, wird eingangs von der „vollkommen daniederliegenden deutschen Obst- und Gemüsebauwirtschaft“ geredet, aber gleich darauf wird auf die reiche Kernobsternte verwiesen, deren Verwertung Schwierigkeiten bereite. Bei einer reichen Ernte von einem Daniederliegen dieses Wirtschaftszweiges zu fabeln, ist gewiß auch schon eine Leistung. Wenn aber dann weiter erklärt wird, die „großen Genossenschaftsverbände“ seien nicht in der Lage, die Masse des anfallenden Dauerobstes und -gemüses aufzunehmen und den Märkten zuzuführen, so will uns das allerdings als ein Zugeständnis von bisher recht ungenügenden Leistungen dieser großen Genossenschaften erscheinen. — Daß als ein Grund solchen Verjagens die „viel zu schwache Kaufkraft des Marktes“ angegeben wird, buchen wir gern als ein Zugeständnis an die Argumente der Gewerkschaften. Aber wenn dann der hohe landwirtschaftliche Olymp als Gegenmaßnahmen nichts weiter zu stemmen weiß, als auf die angeblich von Tag zu Tag steigenden Angebote von Auslandsprodukten und deren Preisdruck hinzuweisen, dann muß man doch wohl erkennen, daß mit den sich zu Führern berufen Fühlenden es „Matthäi am Letzten“ ist.

Wie schlecht beraten aber auch die parlamentarischen Vertreter unserer Gartenbauern sind und werden, zeigt folgendes Beispiel. Der Abg. Dr. Schifftan von der Deutschen Volkspartei hat in einer „Kleinen Anfrage“ behauptet, Deutschland habe im Versandjahr 1930/31 von Italien 745 000 Doppelzentner Blumenkohl gekauft gegenüber nur 313 000 Doppelzentner im Jahre vorher. Diese Zahlen entsprechen aber nicht den Tatsachen, wie folgende Aufstellung zeigt, welche die Hauptimportmenge Italiens in Doppelzentnern an Blumenkohl vom Dezember bis Juni der Jahre 1929/30 und 1930/31 darstellt.

Dezember 1930	119 154	Dezember 1929	79 969
Januar	123 017	1930	
Februar	145 923	Januar	134 812
März	197 547	Februar	185 423
April	90 020	März	178 254
Mai	38 283	April	102 012
		Mai	12 566
	713 944		693 036

Es war also die Einfuhr von Blumenkohl aus Italien im Vorjahr doch erheblich größer als Herr Dr. Schifftan sich hat unterrichten lassen und deshalb sind natürlich seine Schlußfolgerungen falsch. Er weiß aber offenbar auch nichts davon, daß es in den Ländern, die Deutschland schon seit Jahrzehnten mit Gemüse, Obst und anderen gärtnerischen Erzeugnissen beliefern, auch bereits große Absatznöte gibt, die zum allergrößten Teil darauf beruhen, daß eben die Kaufkraft

des deutschen Volkes so systematisch, wie es von den deutschen Arbeitgebern gewollt und noch immer betrieben wird, völlig geschwächt und deshalb die Ausfuhr nach Deutschland bereits stark gedrosselt worden ist. Als ein Beispiel dafür entnehmen wir dem „Fruchtgroßhandel“ die Mitteilung, daß aus den bekannten böhmischen Gurkenanbaugebieten vor dem Kriege jährlich etwa 2000 Waggon Gurken nach Deutschland gingen, in diesem Jahr jedoch nur 21 Waggon.

Wenn unsere Märkte übervoll sind an gärtnerischen Erzeugnissen, so trägt die wesentliche Schuld daran das deutsche Arbeitgebertum selbst, das einerseits eine hemmungslose Ueberproduktion betrieben hat, und andererseits jetzt glaubt, durch rückichtslosen Lohnabbau das zusammenbrechende System des Privat- und Profittkapitalismus noch einmal retten zu können. Demgegenüber gilt es, die gewerkschaftlichen Kräfte auch im Berufszweige der Gärtnerei so stark zu erhalten und trotz aller Widerstände weiter zu stärken, daß am Ende des zweifellos harten und langen Kampfes doch der Sieg sich an ihre Fahnen heftet.

Deutsche Gärtner im Ausland

Amerika. Aus den Briefen des Kollegen Becker, New York. Seit ich von Berlin weg bin, sind nun netto zehn Monate vergangen und in dieser Zeit des absoluten Auf-mich-selbst-Gestelltheins habe ich viel erlebt. Gerade noch zur rechten Zeit der schwersten Krise Deutschlands entronnen, bin ich hier auf nicht viel bessere Verhältnisse gestoßen und als Mann mit Familie fällt es mir sehr schwer, vorwärtszukommen. Amerika ist bekanntlich Kapitalistenstaat in höchster Potenz, jeder hat nur seinen Dorteil im Auge, fragt nichts nach Mensch und Menschenwürde, geht über Leichen, um seinen Beutel zu füllen. So muß man denn mitmachen, rückichtslos, um nicht unterzugehen. Anstatt ein Duzend bekommt man nur zehn Früchte, anstatt drei Pfund nur zwei und derart krasse Fälle mehr, wenn man nicht auf der Hut ist. Hier muß man ein doppelt scharfes Auge haben und darf niemandem trauen. Sogar von meinen deutschen Wirtsleuten bin ich schon in unverkämter Weise geneppt worden. Wie in der ganzen Welt, so herrscht auch in Amerika eine ungeheure Geschäftsdepression, Bankkrach, Arbeitslosigkeit. Jetzt werden allseits ungeheure Summen gespendet und aufgebracht, jedoch immer noch nicht genug, um alles Uebel zu beheben. Die Staaten bauen neue Straßen, Eisenbahnwege, man säubert alte Baupläge, man gibt Tausenden billige Äpfel und die Verkaufslizenz für 5 Cts. das Stück. Ueberall Reklame — Buy Unemployed Appels! In den Geschäften schreit es einem entgegen: Buy now! Kauft jetzt! Tatsächlich sind viele Waren, besonders Kleidung und Schuhe erheblich billiger geworden; aber — der kleine Mann bringt sein Geld auf die Sparbank. Jeder sorgt für einen Notgroschen für eventuell noch schlechtere Zeiten. Die Savings Banks bekommen teilweise derart viel Einlagen, daß einige ihre Zinsen von 4% auf 4 herabgesetzt haben. Dielsach werden Arbeiter für die öffentlichen Betriebe verwendet. Besonders die städtischen Parks sind eben voll von Erwerbslosen, die drei Tage für fünf Dollar pro Tag arbeiten dürfen. Jeder ist heilfroh, der eine Dauerstellung hat und sein Auskommen. In größeren Betrieben ist Entlassung, Gehalts- und Ferienkürzung an der Tagesordnung.

Hauptelement der Arbeiterschaft bilden hier neben geborenen Amerikanern die Italiener; dann Polen, Tschechen, Slawen, Deutsche. Man findet fast keinen Franzosen. Der Neger wird vielfach schlechter bezahlt, obwohl ihm als ebenbürtig anerkannter Staatsbürger dieselbe Freiheit und dieselben Rechte zuteil werden wie dem Weißen. Chinesen sind nicht ganz so verbreitet wie die Neger, sind fast nie Arbeiter in dem Sinne, sondern haben sämtliche Wäschereien in New York inne. In jeder Straße gibt es unzählige Handwäschereien, 90 Proz. Chinesen. Japaner fehlen fast. In New York sind etwa 600 000 Deutsche. Viele der neu eingewanderten Deutschen beginnen ihre Laufbahn in dem sogenannten „Candy“-Caden, das ist so eine Art Café — Konfitüren — Getränke — Ice — Cream-Geschäft, deren Besitzer in New York auch zu 40 Proz. Deutsche sind. Dort müssen dann die jungen Leute oft 16 Stunden am

Tage arbeiten und bekommen 18 bis 20 Dollar pro Woche. Niemand hält es dort lange aus. Candy-store ist stets nur Notbehelf. Ueber Behandlung der Arbeiter, die geschraubte, krasse, gegenläufige und verschiedene Behandlung der Büroangestellten, Gärtner und Saison Gärtner will ich später noch berichten. Sie können sich schon denken, es ist wie überall, vielleicht noch unbarmherziger. Wir arbeiten im Sommer meist mit Italienern, die teilweise mehr zerstören als gutmachen. Bedenken Sie, 90 Proz. ungelernete Leute im Botanischen Garten. In den hiesigen Blumengeschäften finden Sie hauptsächlich grüne Pflanzen. Sehr viel Farne, Ficus, Dracenen, Pandanus und am meisten Sansevieria! Letztere zu Duzenden in allen Größen, Preislagen, Töpfen und kleinen japanischen Schalen verwendet. Man richtet sich eben nach dem Publikum, das praktisch und nüchtern ist, keinen Geschmack hat. Die Leute wollen keine Blumen „pflegen“. So kaufen sie denn fast nur immergrüne Pflanzen, die man hinstellt, manchmal gießt und abstaubt und die trotzdem gut und dekorativ aussehen. Sehr selten steht man Blumentöpfe in den Wohnungen. Es darf halt nicht viel Arbeit machen! So auch mit den Schnittblumen. Alle Arten von Blumen gibt es künstlich, teilweise sehr naturgetreu, meist zu knallig in der Farbe, daher für unsere Augen geschmacklos. Sie finden Geschäfte, die nur diesen künstlichen Kram verkaufen; da sind Nelken, Chrysanthemum, Alpenveilchen, Primeln, Vergißmeinnicht, Flieder, Tulpen, Orchideen, Poinsettien und noch viele hundert andere. Sehr praktisch. Brauchen nie begossen, nie erneuert zu werden, man hat jahrelang Blumen im Haus.

Interessant sind hier die Obst- und Gemüsegeschäfte. Sie finden alle Waren, die es bei uns auch gibt und dazu noch eine Menge anderer, uns zum Teil unbekannter Früchte und Gemüse. Spargel z. B. werden hier nur mit dunkelgrünen, fast schwarzen Köpfen verkauft. Schmecken genau so gut wie unsere weißen Köpfe, auf dessen Farbe man so sehr achtet. Ebenso Spinat, der nicht durchgedreht, sondern einfach abgebrüht und in Blättern verpackt wird. Sehr billig sind Ananas. Ananas gibt es in Massen, Melonen ebenso, Pfirsiche 5 bis 8 Cts. pro Pfund, Kepsel und Orangen 10 bis 12 Stück 25 Cts. Bananen 4 Stück 10 Cts. Sehr teuer sind Feigen — Pfund 30 und Kartoffeln 3 Cts. Dann erscheinen in Unmengen Tomaten, Paprika, Mais. Letzterer ist fast Nationalspeise und man bekommt vier schöne Kolben für 10 und 15 Cts. Sehr viele Zwiebeln werden verkonsumiert, hauptsächlich aber auch von den Italienern und aus Verdauungsgründen. Durch das viele Fleisch- und Konserveneßen haben hier viele Leute verdorbene Mägen, worauf man mit Zwiebeln und eigens dazu verpackter Speisehefe abhilft. Sellerie wird viel verwendet, nicht aber die Knollen. Man kennt fast nur den sogenannten Bleichsellerie. Gelbe, fast weiße Stiele mit gelblichem Kraut, roh gegessen zu jeder Mahlzeit. Früchte, die man bei uns nicht kennt, hier aber in jede Küche kommen, sind: Große gelbe Warzengurken, Alligatorbirnen, Persimmons, rote Bananen und dann die Grape fruit. Diese ist ein Hauptmittel, die Gesundheit zu erhalten und wird neben den gerösteten Maisflocken, Corn-Flakes, zu jedem Frühstück gegessen. Stück 15 Cts. Kirschen, Erdbeeren, Blaubeeren, Himbeeren, Brombeeren waren sehr teuer. Man gibt sich eben mit der Zucht dieses Kleinzeuges nicht so ab, es rentiert sich auch nicht so sehr und die wildwachsenden Bestände zu ernten, ist zu teuer.

Blumengeschäfte

Ein liebevoller Lehrherr. Wir haben uns immer gern davon überzeugen lassen, daß nicht der schöne Profit, sondern reine Liebe zum schönen Beruf und zu den jungen Menschen, die ihn ergreifen möchten, unsere sehr verehrten Unternehmer zur Lehrlingszucht verleitet. In einem Falle, der kürzlich das Strafgericht in Erfurt beschäftigte, betätigte allerdings ein Geschäftsinhaber diese Liebe wieder einmal so intensiv gegenüber seinem Lehrling, daß die Blüthenzeit zum Denustempel wurde. Das Gericht hatte für diese Art „soziale Betätigung“ aber kein Verständnis und verdonnerte diesen Lehrherrn, den „Kaufmann“ Schuckert, zu einem längeren Ausfluge hinter die schwedischen Gardinen. Leider nur auf 6 Monate. Jetzt geht uns auch ein Licht auf, warum in diesem Betriebe noch tief nachts junge Mädchen in dem Laden dekorieren mußten und warum die Erfurter Gruppe der DDB ihre Mitglieder nicht dazu bringen konnte, ihre Lehrlinge zur Berufsschule zu schicken, weshalb die Berufsschulklasse für Binderinnen aufgehoben werden mußte. Wenn solche Juwelen auf die Lehrlinge losgelassen werden, dann kann es mit dem Beruf nur abwärts gehen. Wir fragen aber die Gewerbe-

aufsichtsbehörde, hat man dort nie Zeit, nach einem solchen Falle die Betriebe und die „Lehrherren“ auf ihre Eignung zur Lehrlingsausbildung nachzuprüfen? Und wir fragen die Schulverwaltung, warum ist nicht mehr Energie aufgeboden worden, um die schültscheuen Lehrherren zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften zu bringen. Die Eltern der Lehrlinge aber fragen wir: Ihr, die ihr selbst in der Regel organisiert seid, warum sorgt ihr nicht dafür, daß endlich eure Söhne und Töchter sich dem Berufsverband anschließen, damit dieser die Handhabe hat, solches Strolchtum aus dem Berufe auszumergen und überhaupt für geregelte Verhältnisse in Betrieb und Lehre zu sorgen.

E. Beier, Erfurt.

Erwerbsgärtnerei

Ein wertvolles Zugeständnis. In dem Streit, ob im Gesamtbetrieb der Queblinburger Samenfirma Mette u. Co. ein gemeinsamer Betriebsrat oder ob für den etwas weiter entfernten Betriebsrat „Gersdorfer Burg“ ein eigener Betriebsrat zu bilden sei, ist von besonderem Reiz und auch rechtlichem Interesse das, was als wesentliches Moment von Seiten der Firma in ihrem Schriftsatz niedergelegt wurde. Es lautet:

„Im Stadtbetriebe handelt es sich um eine Saatzüchterei, die zwar als landwirtschaftlicher Betrieb anerkannt ist, sich aber durch die intensive Bewirtschaftung und durch das Zueinandergreifen von Gemüsesamen-, Blumenamen-, Zucht-, Versandbetrieb und Landwirtschaft von dem rein landwirtschaftlichen Betrieb derart unterscheidet, daß man ohne weiteres sagen kann, daß die Betriebsvertretung im Stadtbetriebe die Verhältnisse der Gersdorfer Burg gar nicht beurteilen kann.“

Dieses Zugeständnis der so außerordentlichen Unterschiedlichkeit, bedingt durch die Intensität und das Ueberwiegen von produktions- und handelsgewerblichen Merkmalen eines der größten Samenzüchtereien, ist für unseren Kampf gegen angelegte Entrechtung sehr wertvoll. Es wiegt eine evtl. Abweisung unserer aus dem Interesse an der Durchsetzung des Betriebsratsgesetzes auch in der „Gersdorfer Burg“ geborenen Klage hundertfach auf.

Der Lohnarif für Frankfurt a. M., der für den 15. September gekündigt war, ist bis zum 15. Oktober 1931 unverändert verlängert.

AUSLAND

Auflösung des österreichischen Arbeitgeberverbandes im Tarifkampf. Im Wirtschaftsverband der landwirtschaftlichen Betriebe Oesterreichs ist es zum Krach gekommen, weil sich die darin vereinigten Arbeitgeber nicht einig werden konnten über ihr Verhalten zum Tarifverhältnis mit unserem Bruderverband. Die Unternehmerforderung eines Lohnabbaus wurde von diesem abgelehnt; darauf wollte ein Teil der Arbeitgeber Lösung des Tarifvertragsverhältnisses. In einer Krachversammlung wurde, um dieses Ziel zu erreichen, erstmal der Arbeitgeberverband aufgelöst. Unsere Kollegen aber gestalten die Schlagfertigkeit ihrer Organisation weiter aus und der Erfolg wird auf ihrer Seite sein.

Beginnende Einsicht in der Schweiz? Bisher war auch aus der Schweiz von den dortigen Arbeitgebern nichts Gutes oder Vernünftiges zu berichten. Doch ihre Herbsttagung brachte einen Lichtblick, den wir gern verzeichnen. In seinem Referate über „Gärtnerische Berufs- und Existenzfragen“ führte der Sekretär Stahl des Arbeitgeberverbandes aus:

„Ein Lohnabbau, wie er seinerzeit in den von der Krise betroffenen Industrien geplant und zum Teil schon durchgeführt wird, ist in unserem Berufe ausgeschlossen. Besser als ein Lohnabbau ist wohl Verbesserung der Qualität des Arbeitspersonals, gute Ausnutzung der Arbeitszeit und durchgreifende Rationalisierung des Betriebes.“

Allerdings muß bedacht werden, daß in der schweizerischen Handelsgärtnerei wahre Hungerlöhne noch vorherrschen.

Aus den Ortsfachgruppen

Fortschritt in Hannover trotz Krise. Die Mitgliederzahl unserer Fachgruppe Hannover erhöhte sich im 2. Vierteljahr von 771 auf 793, also um 22 Mitglieder. Der Zuwachs ist lediglich auf die erhöhte Zahl von Beitritten, also auf verstärkte Propaganda, zurückzuführen. Was die Fachgruppe Hannover kann, sollten die Fachgruppen anderer Orte auch leisten können.